



Protokoll Nr. 50

Sitzung von Donnerstag, 18. November 1999, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident Rolf Häberli

Anwesend:

Ernst Aebersold	Michael Jordi	Erich Ryter
Raymond Anliker	Heinz Junker	Annemarie Sancar
Thomas Balmer	German Kalbermatten	Doris Schneider
Oskar Balsiger	Esther Kälin Plézer	Beat Schori
Sven Baumann	Regula Keller	Rolf Schuler
Margrith Beyeler	Blaise Kropf	Rudolph Schweizer
Peter Blaser	Andreas Krummen	Peter Sigerist
Markus Blatter	Peter Künzler	Franco Sommaruga
Konrad Bossart	Annemarie Lehmann	Sylvia Spring Hunziker
Annette Brunner	Edith Lörtscher	Christoph Stalder
Peter Bühler	Liselotte Lüscher	Ernst Stauffer
Michael Burri	Edith Madl Kubik	Michael Straub
Walter Christen	Anton Maillard	Ueli Stückelberger
Marie-Louise Durrer	Irène Marti Anliker	Béatrice Stucki
Marcel Fankhauser	Mario Marti	Margrit Stucki-Mäder
Jean-Daniel Flückiger	Kurt Mäusli	Peter Stucki
Verena Furrer-Lehmann	Christoph Müller	Katharina Suter
Hans Ulrich Gränicher	Edith Olibet	Luzius Theiler
Adrian Haas	Rosmarie Okle Zimmermann	Margrit Thomet
Ueli Haudenschild	Ruth Rauch	Eva von Ballmoos-Keller
Ruedi Hofer	Hans Peter Riesen	Catherine Weber
Stephan Hügli	Heinz Rub	Kurt W. Weyermann
Urs Jaberg	Ursula Rudin-Vonwil	Hansjörg Wittwen
Alfred Jordi	Kurt Rüegsegger	Andreas Zysset

Entschuldigt:

Marcel Eyer	Peter Linder	René Zimmermann
Thomas Fuchs	Barbara Mühlheim	
Leslie Lehmann	Hans-Ulrich Suter	

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Adrian Guggisberg
Therese Frösch
Alfred Neukomm
Claudia Omar

Entschuldigt:

Kurt Wasserfallen

1.	Masterplan Bahnhof Bern; 4. Kreditaufstockung für die Projektleitung (Stückelberger/Baumgartner)	208
2.	Paul Klee-Museum: Die nächsten Schritte; Kredit (Balmer/Baumgartner)	217
3.	Konzept für eine kindergerechte Stadt; Bericht des Gemeinderats i.S. von Artikel 65 Absatz 2 des Geschäftsreglements des Stadtrats (Begert)	231
4.	Postulat Leslie Lehmann (SP): Kinder in der Stadt Bern: Untermatt – die Stadt muss aktiv werden (Begert)	226
5.	Postulat Simone Gretler (SP): Kinder in der Stadt Bern: Sicherstellung des Ferienbetreuungsangebots für Schulkinder; Prüfungsbericht (Begert)	--
6.	Postulat Peter Sigerist (GB): Kindertagesstätten – zehn Jahre danach ... (Begert)	247
7.	Interpellation Blaise Kropf (JA!): Kriegsspiele für Kinder in den Ferien: Was hat sich die Stadt überlegt? (Begert)	249
8.	Postulat Irène Marti Anliker (SP): Ein ganzheitliches Präventionskonzept für die Stadt Bern (Omar)	122
9.	Interpellation Fraktion SVP (Beat Schori): Planung der Schulferien an den Schulen der Stadt Bern (Omar)	166
10.	Interpellation Mario Marti (JF): English for Kids: Wie steht die Schuldirektion zum Angebot der Volkshochschule? (Omar)	195
11.	Interpellation Hans Peter Riesen (SD): Deutschunterricht für Fremdspra- chige (Omar)	245
12.	Postulat Peter Stucki (EVP): Einschreibung in den Kindergarten (Omar)	243
13.	Interpellation Peter Bühler (SD): Griffige Massnahmen zur Bekämpfung der Gewalt an den Schulen (Omar)	156
14.	Interpellation Peter Bühler (SD): Gleichgewicht in Berns Wohnquartieren (Omar)	196

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Als neues Mitglied begrüsst der Vorsitzende German Kalbermatten (CVP) als Nachfolger von Arnold Bertschy (CVP). Er wünscht dem Neueingetretenen viel Erfolg und gute Zusammenarbeit.

Ein Dankeschreiben der Glückskette zur Überweisung von Fr. 1 500.00 für die Erdbebenopfer in der Türkei ist eingetroffen.

Wahl eines neuen Stimmenzählers

Nach dem Rücktritt von Arnold Bertschy (CVP) muss eine neue Stimmenzählerin/neuer Stimmenzähler gewählt werden. Als Kandidat ist Kurt Rügsegger (FPS) angemeldet.

Beschluss

Kurt Rügsegger (FPS) wird einstimmig als Stimmenzähler gewählt.

Traktandenliste

Andreas Krummen (SP): Die SP-Fraktion beantragt, die Traktandenliste wie folgt abzuändern: Die beiden ersten Traktanden, Masterplan und Paul Klee-Museum, worüber wir heute unbedingt entscheiden müssen, auf Beginn der Abendsitzung zu verschieben.

Der Gemeinderat hat das ganze Jahr hindurch Vorstösse gesammelt, welche kinderpolitische Anliegen beinhalten und diese für den heutigen Abend traktandiert. Wir wollen, dass den kinderpolitischen Vorstössen der richtige Raum gegeben und das Konzept und die Vorstösse zu Beginn der jetzigen Sitzung behandelt werden. Wir haben dies bereits vor einer Woche dem Büro des Stadtrats bekanntgegeben. Damals war allerdings die neue Traktandenliste schon ausgefertigt, der Gemeinderat weiss bereits, dass wir diesen Antrag stellen. Einerseits soll es eine kinderpolitische Session sein, zum anderen wollen wir gleichwohl über die wichtigen Baugeschäfte verhandeln.

Adrian Haas (FDP): Grundsätzlich ist nichts gegen eine Abänderung der Traktandenliste einzuwenden, aber ich frage mich, warum wurde die Abänderung nicht schon vorher beantragt? Wir sind an den Fraktionssitzungen darauf angewiesen, dass die Mitglieder des Rats wissen, wann welche Traktanden behandelt werden. Wir haben Ratsmitglieder, welche stark engagiert sind und sich dementsprechend einrichten, dass sie bei der Behandlung ihrer Vorstösse im Rat sein können. Wenn die Traktandenliste kurzfristig geändert wird, ist eine Planung der Geschäfte innerhalb der Fraktion unmöglich. Aus grundsätzlichen Überlegungen bitte ich den Rat, dieser Abänderung nicht zuzustimmen.

Andreas Krummen (SP): Wir haben bereits letzten Donnerstag die Abänderung der Traktandenliste dem Ratsbüro mitgeteilt, konnten aber nicht darüber abstimmen, deshalb müssen wir es heute machen.

Beschluss

Der Abänderungsantrag zur Traktandenliste wird mit 27 Nein, 18 Ja bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Ordentliche Traktanden

1 Masterplan Bahnhof Bern; 4. Kreditaufstockung für die Projektleitung

Antrag Nr. 208

1. Für die Weiterführung der Projektleitung Masterplan Bahnhof Bern während der Phase „Projektierung und Ausführung“ bis Ende 2000 wird der zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto 100.581.002.0) gesprochene Kredit von Fr. 3 860 000.-- um Fr. 165 000.-- auf Fr. 4 025 000.-- erhöht.
2. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Art. 84 des Reglements über die politischen Rechte.

Für die PVK spricht *Ueli Stückelberger* (GFL): Der Gegenstand ist klar, es geht wieder einmal um eine Kreditaufstockung für die Projektleitung des Masterplans. Es ist bereits die 4. Kreditaufstockung. Der erste Kredit über Fr. 650 000.00 wurde bereits 1993 gesprochen, im Mai 1997 weitere Fr. 330 000.00 und die dritte Kreditaufstockung genehmigte der Stadtrat im März dieses Jahres in Höhe von Fr. 165 000.00. Im März 1999 wurde vom Gemeinderat eine Kreditaufstockung um Fr. 330 000.00 beantragt, welche wir nur zur Hälfte bewilligt haben. Nun legt uns der Gemeinderat eine weitere Tranche von Fr. 165 000.00 vor, um die Arbeiten von Herrn Strauss im Jahr 2000 zu gewährleisten. Der Vortrag an und für sich ist genau der gleiche, wie er uns bereits im März 1999 vorgelegt wurde. Die Eckpfeiler, der Inhalt und der Stundenbetrag für Herrn Strauss sind gleich. Heute geht es nicht darum, die Arbeit von Herrn Strauss oder des Masterplans insgesamt zu würdigen.

In der Kommission haben wir die 4. Kreditaufstockung mit wenig Freude zur Kenntnis genommen. Die Kommissionsmitglieder waren der Meinung, dass man den Willen des Stadtrats akzeptieren sollte. Der Stadtrat hat im März 1999 entschieden, Herrn Strauss nur noch für ein Jahr anzustellen. Die Kommissionsmitglieder sind der Ansicht, der Gemeinderat lege zu wenig genau klar, warum die Verlängerung zwingend bis Ende Jahr 2000 notwendig ist. Grundsätzlich hätte der Gemeinderat Zeit gehabt, einen Übergang fürs Jahr 2000 zu finden und den Übergang Ende 1999 einzuleiten. Aus diesen Gründen haben wir in der PVK verschiedene Fragen in den Raum gestellt und den Gemeinderat verpflichtet, uns diese Fragen schriftlich zu beantworten. Die Antworten wurden nun im Zusatzbericht abgegeben, welcher den Sitzungsunterlagen beigelegt wurde. Es ist sonst nicht üblich, dass wir zwei Mal zum gleichen Geschäft zwei verschiedene Anträge erhalten. Der Gemeinderat hat uns aber mündlich wie auch schriftlich dargelegt, dass es sehr wohl Gründe gibt, warum ein Abschluss bis Ende 1999 nicht möglich ist. Im Zusatzbericht sind die konkreten Arbeiten, welche in den Jahren 1999 und 2000 gemacht werden sollten, aufgelistet. Der Zeitpunkt zur Beendigung der Arbeiten im Jahr 2000 ist sinnvoll, dies konnte uns der Gemeinderat nahe legen. Es gibt neue Argumente, dass ein grosser Teil der Planungsarbeiten des Masterplans wirklich im nächsten Jahr abgeschlossen werden kann. Wenn man mit der externen Projektleitung aufhört, besteht die Gefahr von grossen Verzögerungen. Zudem sparen wir kein Geld ein, eine Person im Stadtplanungsamt würde neu eingestellt, welche sich primär neu einarbeiten müsste. Die Mehrheit der Kommission hat sich überzeugen lassen, dass es sinnvoller ist, auf Ende 2000 aufzuhören. Zusammenfassend stimmt die Kommission der Verlängerung, wenn auch murrend, zu. Die Haltung der PVK entspricht auch der Meinung unserer Fraktion.

Hans Peter Riesen (SD) spricht ebenfalls für die PVK: Ich war einer von denjenigen in der Kommission, der sich der Stimme enthalten hat. Es ist kein erfreuliches Geschäft, es ist ein Geschäft, welches ein bisschen aus den Fugen geraten ist. Es darf nicht mehr so weit kommen, dass die Stadt Bern von einem externen Berater abhängig ist. Auf der anderen Seite stellen wir fest, wenn wir die bereits laufenden Projekte nicht gefährden wollen, bleibt uns nichts anderes übrig, als mit Murren und Widerwillen diesem Geschäft zuzustimmen. Eines ist sicher, die Antworten des Gemeinderats, wie er seine Aufgaben im Stadtplanungsamt weiterführen will, müssen Ende 2000 auf dem Tisch liegen. Im Moment sage ich: lieber ein

Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Wir von der SD werden diesem Geschäft zustimmen.

Fraktionserklärungen

Für die SVP-Fraktion spricht *Rudolph Schweizer* (SVP): Bei der dritten Kreditaufstockung am 11. März 1999 haben wir hier nur noch die Hälfte des beantragten Kredits bewilligt. Wir haben damals gesagt, dass verschiedene Arbeiten beendet werden können. Wir sind erstaunt, dass heute über einen weiteren Kredit gesprochen wird. Für uns ist dies eine Wiedererwägung, das heisst, ein Kredit kommt wieder auf den Tisch, wie er ursprünglich beantragt wurde. Dies tönt für uns nach einem kontinuierlichen Weiterfahren. Der SVP-Fraktion ist es klar, dass es hier um die Weiterführung der externen Projektleitung geht. Wir sind der Meinung, dass die Verwaltung genügend Zeit gehabt hat, eine Lösung zu finden. Die Arbeiten könnten ab Januar 2000 durch das Stadtplanungsamt übernommen werden, denn die meisten und grösseren Arbeiten stehen sowieso erst für das Jahr 2001 an. Ebenfalls sind die Kosten zu hoch. Wenn wir durchschnittlich 91 Stunden pro Monat mit einem Stundenansatz von Fr. 140.00 rechnen, dies entspricht ungefähr einem 50 %-Job, ergibt dies einen Betrag von Fr. 12 740.00.

Wir wollen es hier nicht unterlassen, der PVK zu danken. Die Kommission hat ihre Arbeit sehr gut gemacht, indem sie anlässlich ihrer Sitzung die 5 Fragen gestellt hat, welche nun vom Gemeinderat im Zusatzbericht beantwortet wurden. Dem Gemeinderat muss der Vorwurf gemacht werden, dass er mit der Aufstockung des Kredits viel zu spät kommt. Durch das Hin und Her, das Pro und Kontra, lehnt die SVP-Fraktion die Krediterhöhung ganz klar ab.

Heinz Junker (SP) spricht für die SP-Fraktion: Die SP-Fraktion ist nicht begeistert, dass der Stadtratsbeschluss vom 11. März 1999 nicht eingehalten wird. Wir finden, dass die Projektleitung dringend ins Stadtplanungsamt gehört. Die Verwaltung hätte dazu genügend Zeit gehabt, das Know how des Masterplans in diesem Jahr kennenzulernen und in eigener Regie weiterzuführen. Die SP ist sich bewusst, dass die Arbeiten jetzt nicht unterbrochen werden dürfen. Wir sind für eine möglichst rasche Umsetzung der nächsten Schritte. Wir denken vor allem an die Reduktion des Verkehrs auf dem Bahnhofplatz, an die Realisierung der Veloabstellplätze und deren Bewirtschaftung. Die Realisierung der Westplattform sollte auch in Angriff genommen werden, die Umsetzung der KÜL lässt übrigens auch grüssen. Die bis jetzt erstellten Projekte wurden von der Stadtbevölkerung als sehr gut gelungen aufgenommen. Ich denke hier vor allem an die neugestaltete Bahnhofshalle, die neuen Liftanlagen bei der Grossen Schanze, die jetzt gerade fertig renovierte Neuengass-Unterführung wie auch an die frisch renovierte Bahnhof-Unterführung. Im Interesse der laufenden Planung und der Wichtigkeit des Masterplans Bahnhof Bern stimmt die SP-Fraktion dem vorliegenden Kredit zu. Wir sind jedoch der Meinung, dass ab 2001 die Führung des Masterplan-Projekts unbedingt durch die Stadtverwaltung sichergestellt werden muss. Rund um den Bahnhof darf sich in nächster Zeit ganz sicher noch einiges verändern. Herrn Strauss und dem Masterplanteam danken wir für die bis anhin erbrachten Leistungen.

Für die FDP-Fraktion spricht *Adrian Haas* (FDP): Grundsätzlich finden wir es richtig, dass für eine Gemeinschaftsaufgabe von Stadt, Kanton, SBB, BLS, RBS, SVB, Grosse Schanze AG und Burgergemeinde eine externe Person beauftragt wird. Herr Strauss, als aussenstehender Planer und Architekt, hat seine Aufgabe im übergeordneten Interesse der verschiedenen Masterplanpartner zweifellos sehr gut gemacht. Die Ausführung dieser Arbeiten durch das Stadtplanungsamt, wie es hier zum Teil vorgeschlagen wird, wäre sicher weniger neutral und einer guten Zusammenarbeit der Beteiligten weniger förderlich. Die FDP hat auch keine Mühe mit dem Projektleiter oder dem Outsourcing, sondern viel mehr mit der Umschreibung dieser sogenannten nächsten Schritte im Vortrag. Wenn in Ziffer 1 geschrieben wird, man wolle eine weitere Verkehrsreduktion über den Bahnhof-/Bubenbergplatz, finden wir dies falsch. Jetzt hat man noch nicht einmal KÜL realisiert und schon will man wieder eine weitere Salamischeibe des Verkehrs abschneiden. Mit der KÜL haben wir bereits eine 20-prozentige Verkehrsreduktion über den Bahnhof-/Bubenbergplatz. Dem haben wir seinerzeit hier im Rat

und auch das Volk zugestimmt. Zu mehr bieten weder die FDP noch die Innenstadtorganisationen Hand. Eine allfällige KÜL-Plus werden wir mit allen Mitteln bekämpfen. Die Innenstadt verträgt keine weiteren Verkehrsabwürgungsmassnahmen. Wir lehnen deshalb den vorliegenden Kredit ab, weil wir mit dem Auftrag an den Projektleiter nicht einverstanden sind.

Einzelvoten

Luzius Theiler (GPB): Es geht hier auch ein bisschen ums Selbstbewusstsein, um die Selbstachtung des Stadtrats. Wofür diskutieren wir eine Vorlage und beschliessen diese nicht so, wie sie der Gemeinderat uns vorlegt? Wir haben bewusst eine Abänderung, eine Kürzung des damaligen Kredits bewilligt. Nun legt uns der Gemeinderat ein paar Monate später die gleiche ursprüngliche Vorlage vor. Wenn wir nicht ganz zwingende Gründe geltend machen können, dass sich die Situation seit damals verändert hat, dürfen wir dies einfach grundsätzlich nicht akzeptieren. Sonst verliert der Gemeinderat noch den Rest der Achtung, welche er vor dem Parlament hat. Der damalige Entscheid ist in meinen Augen berechtigt und begründet. Nach der Ablehnung des Schanzentunnels und nachdem es sich gezeigt hat, dass für all die grossen, wahnsinnigen Überbauungsprojekte im Rahmen des Masterplans glücklicherweise keine Investoren gefunden werden können, ist die Hauptaufgabe der Projektleitung hinfällig geworden. Aus der Vorlage können wir sehen, welche Arbeiten noch gemacht werden müssen, es ist nur Kleinkram, welcher sowieso von den Eigentümern der entsprechenden Gebäuden weitgehend bestimmt wird. Wie die Bahnhofshalle gestaltet wurde, hat weitgehend nicht die Projektleitung, sondern die SBB bestimmt, mit allen positiven und auch einigen negativen Aspekten. Dies hat mit dem ursprünglichen Auftrag der Projektleitung, den Entwicklungsschwerpunkt im Zentrum der Stadt planerisch zu gestalten und zu realisieren, überhaupt nichts mehr zu tun. Zudem brauche ich noch eine Aufklärung zu Ziffer 2 im Vortrag, Aufnahmegebäude, Ausarbeitung einer allfälligen Zonenplanänderung resp. einer Überbauungsordnung. Ich wüsste gerne, ob man jetzt das alte Projekt wieder aus der Schublade nimmt und auch dort ein Shoppingcenter baut. Im Rahmen des Schanzentunnelprojekts hätte man die planerischen Voraussetzungen geschaffen, unterirdisch ein Einkaufszentrum zu bauen, also noch einmal die Frage, wieviele Einkaufszentren wollen wir eigentlich noch in der Stadt Bern? Wer glaubt im ernst, dass dies den Geschäften und der Attraktivität in der Innenstadt nicht schadet? Ich bitte den Rat zur Kenntnis zu nehmen, dass der Masterplan, wie er einmal gedacht war, als viel zu grosser Wurf gestorben ist und deshalb brauchen wir auch keine Projektorganisation mehr.

Michael Jordi (GB): Unsere Fraktion hat im März 1999 der Kredithalbierung zugestimmt. Ich bin nicht der Ansicht, dass es am Stadtrat liegt, jetzt hier eine Trotzreaktion zu starten, dies sage ich vor allem an die Adresse der SVP und an Luzius Theiler. Es ist im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bern, dass es auf dem Bahnhofplatz weitergeht und dazu braucht es eine zusätzliche Verkehrsreduktion. Um eine Verkehrsreduktion und Ausweichmöglichkeiten zu planen, brauchen wir ein Projekt. Unser Anliegen, warum wir heute abend der Verlängerung zustimmen, ist vor allem im Interesse einer Planung, welche im nächsten Jahr noch stattfinden kann. Luzius Theiler muss sich im Klaren sein, wenn der Kredit nicht gesprochen wird, alle unsere verkehrspolitischen Anliegen für ein Jahr brach liegen. Daran habe ich kein Interesse, deshalb zeige ich keine Trotzreaktion und stimme dem Kredit zu.

Ueli Stückelberger (GFL): Ich will als Kommissionssprecher nur noch ein paar kleine Bemerkungen anbringen. Rudolph Schweizer hat Recht, es ist eine Wiedererwägung des Gemeinderats, aber dies kann nicht der alleinige Grund sein, dass man gegen eine Kreditaufstokung stimmt. Uns haben die Argumente des Gemeinderats, welche er im Zusatzbericht geliefert hat überzeugt, dass ein Wechsel 1999 nicht sinnvoll ist. Die Zielsetzungen für das Jahr 2000 finden wir gut. Es ist richtig, dass der Tunnel kein Thema mehr ist und die Verkehrsreduktion, welche vom Gemeinderat und der Stadt angestrebt wird, ist notwendig. Damit der Platz attraktiv gestaltet werden kann, müssen öV-Durchmesserlinien geschaffen werden. Wir finden den Schluss der FDP seltsam, es geht hier nicht um den Inhalt, der Inhalt und die Zielsetzungen bleiben gleich, wenn der Auftrag statt durch einen externen Berater durch jemanden im Stadtplanungsamt gemacht wird. Das Selbstbewusstsein des Stadtrats ist mir

und auch der Kommission sehr wichtig. Es darf kein Selbstzweck sein, es gibt grundsätzliche Beschlüsse, bei denen wir darauf achten müssen, uns gegenüber dem Gemeinderat durchzusetzen. Es ist wichtiger, dass im Jahr 2000 noch etwas beim Bahnhof passiert, als auf dem Stadtratsbeschluss vom März 1999 zu beharren.

Kurt Mäusli (SP): Es geht hier nicht um Trotzreaktionen, es handelt sich hier um kritische Feststellungen. Seit 1991 haben wir stückweise insgesamt 4 Mio. Franken für die Projektierung bewilligt, ich finde, dies können wir fast nicht mehr verantworten. Es liegt mir nicht daran, am Projekt Kritik auszuüben, sondern am Vorgehen. Es ist eine ernsthafte Diskussion, welche wir hier führen müssen. Schlussendlich ist der Stadtrat da, um Beschlüsse zu fassen, welche der Gemeinderat ausführen muss und nicht umgekehrt.

Peter Blaser (SP): Ich bin erstaunt über die Diskussion. Es geht hier doch darum, was auf dem Bahnhofplatz passiert und wie wir es mit den besten Mitteln erreichen können. Ich denke, wir haben hier einen kompetenten Projektleiter, welcher viele Leute kennt und gute Verbindungen zu ihnen hat. Wir haben uns die Arbeit in der PVK nicht leicht gemacht. Mit der Argumentation im Vortrag haben wir uns nicht zufrieden gegeben und einen Zusatzbericht verlangt. Wir haben Wissen ausgelagert, dieses Wissen benötigen wir aber noch ein Jahr. Sicher wäre es besser gewesen, das Wissen von Beginn weg in der Stadtverwaltung zu behalten. Bei diesem Geschäft handelt es sich vor allem um den öV, die Geschäfte profitieren vor allem davon. Ich bitte, der Kreditaufstockung zuzustimmen.

Der Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Ich danke Ueli Stüchelberger als Referent der PVK und auch denjenigen, welche die Arbeit des Projektleiters anerkannt haben. Der Gemeinderat nimmt den Stadtrat ernst. Es kann vorkommen, dass der Gemeinderat dem Stadtrat noch einmal eine Vorlage unterbreitet, worüber schon diskutiert wurde. Es soll nicht der Regelfall werden. Ich habe schon bei der Diskussion im März 1999 gesagt, nach der Ablehnung der Stadtplätze - Schanzentunnel mussten wir praktisch wieder von vorne beginnen. Was wir für die Planungen und Arbeiten für die Projekte Stadtplätze - Schanzentunnel ausgegeben haben, Kurt Mäusli hat die 4 Mio. Franken angesprochen, diese hat nicht Herr Strauss erhalten, das Geld wurde für die Projektierung gebraucht. Die Stadt hat daran ihren Anteil geleistet, den Topf mit etwas mehr als 6 Mio. Franken haben alle beteiligten Partnerinnen und Partner gefüllt und bei weitem nicht die Stadt alleine. Bei dieser Kreditaufstockung handelt es sich um das Geld für die Projektleitung, welche von Beginn weg ausgelagert war.

Zur Fraktionserklärung der FDP: Adrian Haas und ich haben das Projekt Stadtplätze – Schanzentunnel seinerzeit unterstützt und zwar aus dem Grund, weil wir gesehen haben, dass man eine Nutzerkategorie, der MIV, wegnehmen will, damit Gestaltungsraum geschaffen werden kann. Die Stadtplätze – Schanzentunnel wurden abgelehnt, das haben wir zu akzeptieren. Adrian Haas, welcher mit anderen hier anwesenden Personen am Öffentlichkeitsforum teilgenommen hat, als das Ganze noch einmal behandelt wurde, hat auch miterlebt, dass wir etwas gestalten wollen, dass wir den Individualverkehr noch einmal reduzieren müssen. Dies ist die Resolution, die Empfehlung, welche vom Öffentlichkeitsforum heraus gekommen ist. Alle, die sich schon lange mit diesem Geschäft befassen, wissen, dass die Hauptsache des Verkehrs nicht der Zielverkehr für die Obere Altstadt ist, auch nicht der Zielverkehr für den Bahnhof, sondern dass dies der Durchgangsverkehr ist. Verkehr, der vom Osten in den Westen Richtung Matte fliesst. Wenn es nur um den Zielverkehr gehen würde, wäre alles viel besser zu bewältigen. Es geht dabei nicht um das Abschneiden der Lebensader der Innenstadtorganisationen, wie von Adrian Haas erwähnt. Die Innenstadtorganisationen sollen weiterhin erreichbar sein. Für mich und für die Behördendelegation ist der Bahnhof- und der Bubenbergrplatz ein Teil der Oberen Altstadt; wenn wir dort eine bessere Gestaltung, einen besseren Zugang und bessere Verbindungen für die Fussgängerinnen und Fussgänger hinbringen, dann hat das Image der Oberen Altstadt an Zugänglichkeit gewonnen. Diese Zielsetzung haben wir aufrecht erhalten, wir können dies nicht weiterverfolgen, wenn wir etwas in einer ganz neuen Situation unternehmen. Es stimmt nicht, dass die Verkehrssituation das einzige ist, was bearbeitet wird. Jetzt will der Rat den Chauffeur aus dem Zug holen, der weiss, wie der Zug fährt und eine neue Person hinein setzen, welche zuerst noch eine Ausbildung absolvieren muss. Gemäss den Empfehlungen des Öffentlichkeitsfo-

rums prüfen wir nun, wie weit wir den Verkehr reduzieren können, die Resultate sollten Ende dieses oder anfangs nächsten Jahres vorliegen und zwar koordiniert mit allen Abteilungen, auch mit dem Verkehrsinspektorat der Stadt. Danach muss die Machbarkeit angepackt werden. Dort werde ich darauf achten, dass der Zugang zur Oberen Altstadt, zu den Geschäften und den Wohnungen um den Bubenberg- und Bahnhofplatz möglich ist. Nur wenn wir den MIV noch etwas reduzieren können, kann zwischen dem Bahnhof und dem Warenhaus Loeb eine Busstation erstellt und die Durchmesserlinie sinnvoll eingeführt werden. Damit können wir im weiteren verhindern, dass der Bus aus Bümpliz quer über den Bahnhofplatz fahren muss, wir könnten ihn als Durchmesserlinie führen. Wir können das schändliche Tramhäuschen verbessern, indem wir auf dem Bubenbergplatz eine zweispurige, langgezogene Tramhaltestelle machen. Nur so können wir auch die Situation an der Ecke Schanzenbrücke und dem ehemaligen Café Rudolf/Hirschengraben verbessern. Wenn die Machbarkeitsstudie vorliegt und wir daraus ersehen, dass dies wirklich so geordnet werden kann, wird im nächsten Frühling ein Studienwettbewerb betreffend Gestaltung in Auftrag gegeben. Gleichzeitig müssen wir die Veloabstellprobleme lösen. Auch die Beziehungen für die Fussgängerinnen und Fussgänger müssen besser werden. In diesem Zusammenhang sehen wir auf Höhe der Heiliggeistkirche rüber zum Burgerspital einen zentralen Fussgängeraufgang vor, damit die Erreichbarkeit der Züge und die Umsteigebeziehungen besser werden. Darauf warten die SBB und unsere Liegenschaftsverwaltung, denn wir wollen auch die Christoffel-Unterführung verbessern. Dafür sollte bis Ende der nächsten 2 Jahre ein konkreter, machbarer Vorschlag vorliegen. Ich habe es schon im März erwähnt, die Gelegenheit ist dann gegeben, die Arbeiten durch das Stadtplanungsamt fortzuführen. Wenn wir jetzt mit Herrn Strauss aufhören, nehmt ihr uns einen Chauffeur mit seinem Know how weg und zwingt uns dazu, das Tram neu zu bestücken. Dazu kommt, dass die Reorganisation des Stadtplanungsamts, die Übernahme der Verkehrsplanung, es nicht erlaubt, auch noch diese Arbeiten zu übernehmen. Ich stehe heute dafür ein, wenn der Rat den Kredit bewilligt, dass wir Ende 2000 mit dem externen Berater fertig sind, dass die Arbeiten so weit vorangeschritten sind, dass wir an die Realisierung gehen können.

Die Verhandlungen mit den SBB zur Erneuerung des Aufnahmegebäudes waren harzig. 4 Teams prüfen nun dort eine Sanierung und Umgestaltung. Nach Weihnachten sollte eine Jurierung stattfinden. Ende März sollte das Vorprojekt mit Nutzungsstudien vorliegen, welche das Galeriegeschoss bis ins Bollwerk mit einbezieht. Auch mit einem neuen Aufgang ab Obergeschoss, den Durchgang auf die Plattform, damit die Plattform besser erreicht werden kann. Gleichzeitig wird die Plattform neu gestaltet, wir müssen unten die Vorfahrt und die Taxis wegnehmen, damit wir den öV durchleiten können. Alles hängt zusammen und dies packen wir gemeinsam mit den SBB und dem Masterplan an.

Die SBB und der Bahnhof haben es nötig, sie wollen mit dem Umbau im Jahr 2001 beginnen. Auch dort sollten wir schauen, dass wir mit dem Projekt Christoffel-Unterführung andocken können. Wenn es dort namhafte Nutzungsänderungen gibt, müssen wir die Überbauungsplanung ändern, dann wird eine geänderte Überbauungsordnung erlassen. Danach kommt die Änderung vor den Stadtrat und zur Volksabstimmung. Dies werden wir sehen, wenn uns die SBB die Nutzungsstudien vorlegen. Dies sind die hauptsächlichen Gründe, warum wir noch eine Kreditaufstockung dem Rat vorlegen. Lasst uns bitte die Machbarkeitsstudie fertig machen und stoppt nicht mitten drin.

Es liegt ein Brief des Kantons vor, darin steht, dass dies einer der zentralsten ESP des Kantons sei und seinerseits sei es wünschenswert, dass mit den begonnenen Arbeiten weitergemacht werde. Wir können darauf verzichten, diesen ESP weiter zu entwickeln, doch zweifle ich daran, ob es im Interesse der Stadt und insbesondere auch im Interesse der Oberen Altstadt ist.

Entschuldigt bitte, dass ich eine Auslegeordnung gemacht habe, bei diesem Projekt braucht es dies, denn es ist ein komplexes Projekt, es hängt viel voneinander ab. Damit wir die Arbeiten mit einem Fachmann, der das Koordinationsspiel kennt, bis Ende Jahr 2000 fertig machen können, brauchen wir die Kreditaufstockung.

Kurt Mäusli (SP): Ich habe den Voten des Stadtpräsidenten gut zugehört. Ich habe nichts gegen das Projekt einzuwenden, ich rege mich nur über die Höhe des Kredits auf. Ich bin der Meinung, dass 4 Mio. Franken viel Geld ist. Ich bin auch nicht gegen das ganze System. Es

ist mir klar, dass ein solches Wahnsinnsprojekt stückweise verbessert werden muss. Im Vortrag stört mich die Aussage, man spare ein, indem eine Stelle bei der Planungs- und Baudirektion nicht mehr besetzt wird. Jeder Stellenabbau im öffentlichen Wesen bedeutet vermehrte Arbeitslosigkeit in der Stadt. Dies habe ich hier im Rat schon mehrmals gesagt, ich finde es eine falsche Politik. Diese Personalpolitik verurteile ich in der Stadt, es kann nicht die Aufgabe eines Gemeinwesens sein. Das Gemeinwesen hat andere Prioritäten zu setzen, als immer wieder Stellen abzusetzen.

Adrian Haas (FDP): Als ich mit dem Stadtpräsidenten zusammen die Vorlagen Stadtplätze - Schanzentunnel vertreten und dafür gekämpft habe, hat er immer gesagt, ohne Tunnel sei keine ansprechende Platzgestaltung möglich. Nachdem das Volk dies abgelehnt hat, sagt er plötzlich, ohne Tunnel könne man das gleiche Ziel erreichen. Herr Stadtpräsident, der Zug fährt in eine falsche Richtung und deshalb ist es besser, den Zug zu stoppen und den Chauffeur herauszunehmen. Den Individualverkehr jetzt noch zusätzlich zur KÜL zu reduzieren, das geht nicht. Im Rahmen des Öffentlichkeitsforums wurden im Übrigen auch die Nachteile betrachtet. Man rechnet mit zusätzlichen Wartezeiten für den MIV, man rechnet mit einer höheren Störungsanfälligkeit und einer geringeren Zuverlässigkeit des vielgelobten öV, zudem auch mit engeren Platzverhältnissen für die restlichen Verkehrsteilnehmer. Wir haben noch immer die drei Planungen ESP: West, Mitte und Ost, bei denen wir eine bauliche Verdichtung des Bahnhofgebiets wollen. Wir haben viele Studien machen lassen, welche klar zum Ergebnis geführt haben, dass bezüglich Verkehrserschliessung in diesen ESP nicht ein entweder oder des MIV und des öV gilt, sondern ein sowohl als auch. Konkret heisst dies, für jede zusätzliche bauliche Verdichtung und Entwicklung eines Gebiets, generieren wir auch zusätzlichen motorisierten Individualverkehr. Sonst finden wir nirgends einen Investor, der nur das kleinste Interesse zeigt, dort irgend etwas zu machen. Jetzt spricht der Stadtpräsident genau von einem solchen Gebiet, bei dem mehrere Hunderttausend m² BGF-Nutzung zusätzlich realisiert werden sollen, man solle den Erschliessungsverkehr reduzieren. Dies ist doch wohl keine Zielsetzung, welche man verfolgen soll. Ich sage noch einmal, wir wehren uns ab jetzt gegen jegliche weitere MIV-Abwürgung im Bereich des Bahnhofs und der Innenstadt. Dies werden auch die Berner Innenstadtorganisationen bei all unseren weiteren Gesprächen machen.

Stadtpräsident Klaus Baumgartner: Zum von Kurt Mäusli erwähnten Stellenabbau: Die heutige Lösung ist in den Boom-Zeiten entstanden, damals haben wir sogar Stellen in der Stadtverwaltung geschaffen. Wir haben damals gesagt, wenn wir die Arbeiten an eine externe Person vergeben, gefrieren wir eine Stelle bei der Stadtverwaltung ein, dies ist noch immer so. Die Worte von Adrian Haas sind eine Unterstellung und ich muss mich dagegen wehren. Ich habe hier immer gesagt, wenn man die Umleitung des Durchgangsverkehrs nicht ermöglicht, bekommen wir auf diesem Platz ein Chaos. Die Gestaltungsfreiheit, welche wir früher hatten, haben wir nicht mehr. Ich muss noch einmal erwähnen, auch beim Schanzentunnel handelte es sich um den Durchgangsverkehr und es geht auch hier darum. Ich stehe dafür ein, dass die Erschliessung unter dem geltenden Verkehrsregime in der Oberen Altstadt weiterhin gewährleistet sein wird. In diesem Sinne bitte ich den Rat noch einmal, im Interesse einer guten Gestaltung, einer guten Verkehrslösung auf dem Bahnhof-/Bubenberglplatz, einer guten Anbindung an die Obere Altstadt, dem Kredit zuzustimmen.

Beschluss

Der Rat stimmt der 4. Kreditaufstockung für die Projektleitung Masterplan mit 41 Ja, 23 Nein bei 6 Enthaltung zu. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Artikel 84 Reglement Politische Rechte.

2 Paul Klee-Museum: Die nächsten Schritte; Kredit

Antrag Nr. 217

1. Der Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat betreffend Realisierung eines Paul Klee-Museums auf dem Schöngrünareal; Kredit für die erste Etappe wird genehmigt.
2. Für die Projektierung und Projektführung wird ein Kredit von Fr. 1'493'000.— zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 110.565.001.0, bewilligt. Darin eingeschlossen sind Fr. 150'000.--, die vom Gemeinderat bereits in eigener Kompetenz beschlossen wurden. Die zu erwartenden Beitragsleistungen des Kantons sind zu Abschreibungszwecken zu verwenden. Dieser Kredit ist später in den Baukredit aufzunehmen.
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen und dem Stadtrat zu gegebener Zeit eine Planungsvorlage sowie ein Projekt mit Baukreditbegehren vorzulegen.

Für die PVK spricht *Thomas Balmer* (FDP): Über die Realisation des Paul Klee-Museums wurde schon viel durch die Presse informiert. Darin erwähnt sind die grosszügigen Spenden von Livia Klee und von Professor Dr. Maurice und Martha Müller sowie der Burgergemeinde, welche ein solches Vorhaben überhaupt erst ermöglichen. Sicher hat sich der Rat auch gefragt, wofür man bei einem Geschenk über einen Kreditantrag abstimmen muss. Der vorliegende Kreditantrag beinhaltet die Leistungen, welche die Stadt Bern zusammen mit dem Kanton erbringen muss um das Vorhaben überhaupt realisieren zu können. Im Verhältnis zu den erwähnten Spenden ist der Betrag frankenmässig gering. Die damit ausgelösten Leistungen sind jedoch für das Gelingen unbedingt notwendig. Durch das Geschenk der Werke von Paul Klee, welches 35 Gemälde, 153 mehrfarbige Blätter und 273 einfarbige Blätter enthält, werden die Stadt Bern und der Kanton Besitzerinnen eines umfassenden Werks eines weltbekannten Künstlers. Als Ergänzung gibt Alexander Klee noch 32 Bilder als Leihgabe und macht damit die Sammlung des zukünftigen Paul Klee-Museums einzigartig. Die Stadt Bern hat die Möglichkeit, ein Museum zu betreiben, welches weltweit Beachtung finden wird. Zu den einzelnen Positionen: Das Ehepaar Prof. Dr. Maurice und Martha Müller stiftet 40 Mio. Franken für den Bau und zwei noch nicht bebaute Grundstücke des Schöngrün-Areals für die Realisation des Museum-Gebäudes. Die Stadt Bern gibt dazu noch ein Stück des Friedhofareals, welches als Reserve geplant war, so dass damit ein zusammenhängendes Stück Bauland entsteht. Die entsprechenden Planungsarbeiten sind im Gange und der internationale Architekt Renzo Piano arbeitet ein entsprechendes Projekt aus. Gleichzeitig sichert die Burgergemeinde für den Betrieb des Museums 20 Mio. Franken zu. Dieser Betrag wird für einen Wechselausstellungsbetrieb und für den Ausstellungsbetrieb selber gebraucht. Der Kredit, an dem sich die Stadt Bern und der Kanton je zur Hälfte beteiligen, beinhaltet folgende Planungsleistungen: Nutzungszonenplan und Überbauungsordnung Areal Schöngrün, inkl. Teil des Reserveareals des Schosshaldenfriedhofs, Konzept Verkehrserschliessung, die Museumszugänge Süd mit dem Freudenbergerplatz und dem Anschluss an die Giacometti-strasse, Museumszugang Nord, die städtebauliche Attraktivierung des Platzes beim nördlichen Museumszugang, der Schosshaldenstrasse und des Friedhofwegs. Die Erschliessung des Areals für Fuss- und Zweiradverkehr, den Anschluss für den MIV und die Landschaftsgestaltung des Schöngrün-Guts. Der Betrag für die planerischen Arbeiten beläuft sich auf Fr. 995 000.00, dazu kommen die Leistungen, die Versicherung der Leihgaben von Fr. 105 000.00, Beteiligung am Gehalt einer Geschäftsführerin für das Paul Klee-Museum von Fr. 153 000.00 und Expertisen und Reserven von Fr. 90 000.00. Zusammen mit dem bereits bewilligten Kredit des Gemeinderats ergibt dies einen Gesamtbetrag von Fr. 1 493 000.00. Damit sind sämtliche Leistungen bis Ende 2001 abgedeckt. In diesem Betrag ist auch der Anteil des Kantons, es ist ein Bruttokredit. Nach eingehender Prüfung des Geschäfts beantragt die PVK einstimmig diesen Kredit zur Annahme. Die Stadt Bern erhält damit eine einmalige Chance ein Projekt zu realisieren, welches weit über die Landesgrenzen hinaus ausstrahlen wird und der Wirtschaft und dem Tourismus neue Impulse, nebst dem materiellen Wert für die Kultur, geben wird.

Fraktionserklärungen

Für die Fraktion GFL/EVP spricht Verena Furrer-Lehmann (GFL): Die GFL/EVP-Fraktion empfindet die Tatsache, dass in Bern ein Paul Klee-Museum entstehen wird, als riesigen Glücksfall. Eigentlich ist es nicht nur einer, sondern mehrere Glücksfälle. Ein Glücksfall si-

cher einmal in Bezug auf die grosszügigen Geschenke, die Sammlungsbestände und die Dauerleihgabe der Erben Klee. Wir dürfen nicht vergessen, dass das Geschenk von Livia Klee von kaum schätzbarem Wert und die Zusicherung einer Dauerleihgabe von Alexander Klee der Ausgangspunkt für das Paul Klee-Museum und auch der Angelpunkt bleiben werden. Hinzugekommen sind Geschenke in Form von Kapital und Bauland des Ehepaars Maurice und Martha Müller. Die GFL/EVP-Fraktion will hier, auf Ebene des Stadtparlaments, diesen Donatoren für ihre unschätzbaren Geschenke und für ihr Engagement für die Stadt Bern herzlich danken. Ein Glücksfall ist auch der grossräumige Planungssperimeter, welcher eine grosszügige Planung des Baus und auch eine optimale Erschliessung ermöglichen wird und so nebenher auch noch gerade die Erschliessung des umliegenden Quartiers mit sich bringt. Wir begrüssen auch die geplante Verlängerung der Buslinie Nr. 12 und danken dem Gemeinderat für seine wertvolle Vorarbeit. Wir empfinden das Paul Klee-Museum noch in einem weiteren Sinn als Glücksfall für die Stadt. Mit dem Paul Klee-Museum wird ein neuer Schwerpunkt gesetzt. Es wird ganz wesentlich zur Attraktivität der Stadt beitragen, von der Stadt als ganzes aber auch für den Lebensraum Stadt für uns Bürgerinnen und Bürger. Die Qualität des Lebensraums Stadt ist für uns als stadtökologische Partei ein besonders wichtiges Anliegen. Sicher meint die Ökologie als nächstes die Erhaltung von Lebensgrundlagen, Boden, Wasser, Luft, Tier- und Pflanzenwelt. Aber dies genügt gerade in einer Stadt nicht. Die Stadtökologie muss auch die Qualität des urbanen Raums umfassen. Die Qualität entsteht nicht durch eine 08.15-Architektur, wie sie z.B. bei einem städtischen Neubau am Schreinerweg entstanden ist und auch nicht durch ein wahlloses Aneinanderreihen von Villen, wie es an der Manuelstrasse geschehen könnte. Die Qualität entsteht dann, wenn wir uns mit einem Ort identifizieren können, wenn wir uns engagieren, wenn wir einen hohen Denkaufwand leisten um den Ort attraktiv zu gestalten, vom Inhalt her und auch vom Formal Ästhetischen her, damit etwas Unverwechselbares entsteht. Das Engagement für eine hohe urbane Lebensqualität für die Stadtökologie beinhaltet eben auch ästhetische und gestalterische Werte. Ein Museum wie das Paul Klee-Museum ist in einem besonderen Masse geeignet, eine solche Identifikation eines Orts zu schaffen. Es wird ein Ort der Begegnung sein und ein Ort der kulturellen Auseinandersetzung und mit grosser Wahrscheinlichkeit auch ein architektonisches Monument der Jahrtausendwende werden, mit einer Ausstrahlung weit über die Stadtgrenzen hinaus. Aus diesen Überlegungen ist uns wichtig, was im Schöngrün entsteht und wie es entsteht. Wir zweifeln keinen Moment daran, dass uns Renzo Piano dort ein unverwechselbares Stück Fünfsterne-Architektur anbieten wird. Trotzdem bedauern wir, dass kein Architekturwettbewerb stattfinden konnte und zwar nicht, weil ich glaube, dass damit unbedingt ein besseres Resultat erreicht werden könnte, sondern weil ein solcher Wettbewerb in der Berner Architekturszene erlauben würde, sich mit internationalen Koryphäen zu messen und wir haben in Bern Büros mit grossem Renommee. Der Wettbewerb würde zu einer öffentlichen Diskussion über gestalterische und planerische Werte führen und damit einen Lernprozess auslösen. Der Wettbewerb konnte nicht stattfinden und dies ist für einmal nicht die Schuld des Gemeinderats. Die Schuld müsste man eher beim geschenkten Gaul suchen. Aus diesen Überlegungen unterstützen wir den Gemeinderat in seinen Bemühungen, das Paul Klee-Museum zu einem Schwerpunktprojekt zu machen. Wir bitten ihn, hohe Qualitätsanforderungen geltend zu machen und somit der Stadt auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Die GFL/EVP-Fraktion stimmt dem Kredit für die 1. Etappe zu.

Hans Ulrich Gräni (SVP) spricht für die SVP-Fraktion: Dank der grosszügigen Spenden, einerseits von Frau Livia Klee und andererseits des Ehepaars Müller, haben wir heute die Gelegenheit, über den 1. Kredit für die Realisierung des Paul Klee-Museums zu befinden. Wie wir bereits gehört haben, ist für den Bau des Museums die Foundation Professor Maurice und Martha Müller zuständig und diese Chance verdient unsere Anerkennung. Die SVP-Fraktion dankt an dieser Stelle den Spendern herzlich für das grossartige Geschenk. Die Realisierung des Paul Klee-Museums im Schöngrün wird weit über die Stadt- und Landesgrenze hinaus für positive Impulse für Bern sorgen. Dieses Signal hat unsere Stadt bitter nötig. Wir haben es gelesen und gehört, die Stiftung ist für die Planung und die Realisierung des Museums-Komplex verantwortlich, die Stadt und der Kanton sind für den Betrieb und den Unterhalt des Museums zuständig. Diese Lösung und Aufgabenteilung erachten wir als

sinnvoll und zweckmässig. Die Planung und Realisierung des Museums kann man aber nicht isoliert betrachten, sondern, das ist der Hauptbestandteil unseres Kredits, es braucht eben auch zonenplan-rechtliche Voraussetzungen, die geschaffen werden müssen. Es braucht andererseits Erschliessungskredite, damit die Zufahrtzugänge zum Museum-Komplex auch gefunden werden können. Es braucht auch organisatorische Massnahmen um eine effiziente Projektabwicklung sicherzustellen. Was den letzten Punkt, die organisatorischen Voraussetzungen betrifft, stellen wir fest, dass alle Beteiligten aus unserer Sicht eine zweckmässige Lösung getroffen haben, welche das angestrebte Ziel mit einer zeitgerechten Realisation ermöglichen sollte, indem nämlich ein Stiftungsrat und eine Baukommission geschaffen werden, welche für die Umsetzung und Realisierung des Museums zuständig sind. Zu den zonenplan-rechtlichen Voraussetzungen: Mit dem heute zur Diskussionen stehenden Kreditteil machen wir einen ersten Schritt, damit wie vorgesehen in den Jahren 2000/2001 eine Volksabstimmung möglich sein wird. Beim dritten Teil, der Verkehrserschliessung mit den Museumszugängen Nord und Süd, bei denen entsprechende Kredittranchen zur Bewilligung anstehen, wird es sicher mehr Diskussionspunkte geben. Wir konnten im Vortrag lesen, dass die Verlängerung der Buslinie 12 bis zum Museum als Idee für den öv im Vordergrund steht. Aus Sicht der SVP ist es sinnvoll, dass man im Rahmen dieser Projektarbeiten mindestens die anderen Optionen mit einbezieht. Ich denke an die Option einer Verlängerung der Tramlinie Nr. 9, weil doch im Bereich Wankdorf, mit dem ESP Wankdorf mit zwei grossen Hotels, mit dem NAHA 2-Komplex, der BEAbern expo und nicht zuletzt vielleicht auch mit dem neuen Stadion Wankdorf eine Beziehungsebene und durchaus Synergien entstehen könnten. Was uns auch wichtig ist, dass man im Rahmen dieser Projektarbeiten den motorisierten Individualverkehr nicht vernachlässigt. Es gibt ein überwiesenes Postulat der SVP-Fraktion, welches für die Verkehrserschliessung der hinteren Schosshalde verschiedene Vorgaben formuliert hat, da bitten wir den Gemeinderat, dass er entsprechend dem überwiesenen Postulat doch auch die Verkehrserschliessung für den Individualverkehr mit Einbezug auch der hinteren Schosshalde entsprechend berücksichtigt. Bei mir ist eine Frage aufgetaucht im Zusammenhang mit dem Referat des PVK-Sprechers. Wir haben mit unseren Unterlagen einen Situationsplan mit den Feldern A, B + C erhalten. Thomas Balmer hat darauf hingewiesen, dass das Areal C als Baulandreserve ausgeschieden werde, es interessiert uns doch sehr, was dies bedeutet, im Hinblick nicht zuletzt auch auf die Parkanlagen, welche allenfalls im Zusammenhang mit dem Museum im Vordergrund stehen sollten. Zusammenfassend, wir finden die Vorlage, wie sie uns vom Gemeinderat unterbreitet wird gut, wir finden die Organisation und die Ablaufplanung hervorragend und werden selbstverständlich diesem Kredit zustimmen.

Oskar Balsiger (SP) spricht für die SP-Fraktion: Die SP-Fraktion unterstützt die vorliegende Kreditvorlage. Der zur Diskussion stehende Standort für das Paul Klee-Museum befindet sich an exklusivster Lage, auf der fast höchsten Erhebung der Stadt Bern. Es stimmt positiv, dass die Stadt, die Burgergemeinde und der Kanton am gleichen Strick ziehen, wenn es darum geht, die grosszügigen Geschenke von Frau Livia Klee, des Ehepaars Maurice und Martha Müller und von der Burgergemeinde für die Allgemeinheit und für die Kultur nutzbar zu machen. Der vorliegende Standort bietet beste Voraussetzungen für eine raumplanerisch gute Gesamtlösung. Für die Stadt und den Kanton wird es im Bereich Verkehr schwierig werden, für die umliegenden Quartiere eine zweckmässige Lösung zu finden. Es scheint uns dabei wichtig, dass man das Ziel nicht aus den Augen verliert. Die Stadt ist angehalten, weiterhin zusammen mit der betroffenen Bevölkerung die Planung zur Hand zu nehmen, wie es bisher geschah. Der beantragte Kredit für die Projektierung und die Projektführung von beinahe einer Million Franken erscheint auf den ersten Blick hoch. Wir erachten es deshalb als gerechtfertigt, mit einer gewissen Grosszügigkeit ans Werk zu gehen, steht doch die Frage im Raum, wie wir mit einem solch wichtigen Gut umgehen. Dabei zu berücksichtigen ist, dass der Perimeter sehr weitläufig ist und beinahe den ganzen Stadtteil Ost umfasst, bei welchem wir die Verkehrsprobleme angehen müssen, damit die Erschliessung des Areals des Paul Klee-Museums auch gut funktioniert. Ich denke hier an die Verlängerung der Buslinie Nr. 12, an die Probleme der Erschliessung des Friedhofswegs, des Transitverkehrs, an die flankierenden Massnahmen im Bereich Laubeggplatz, aber auch der Laubeggstrasse. Diese

werden sehr aufwändig sein; damit das ehrgeizige Zeitprogramm eingehalten werden kann, muss an einem Strick gezogen werden, sonst verlieren wir uns in Problemen.

Für die FDP-Fraktion spricht *Urs Jaberg* (FDP): Auch die FDP möchte die Gelegenheit benützen, um den grosszügigen Schenkern, ich denke an die Familie Klee, an die Burgergemeinde und vor allem an Herrn und Frau Müller, in aller Form für die Geschenke zu danken, welche wir hier entgegennehmen dürfen. Die FDP begrüsst die Kreditvorlage, welche zu einer Million Franken für die Planung der Erschliessung und aus etwa einer halben Million Franken für die sogenannten Baunebenkosten besteht. Auch in der FDP-Fraktion hat die Höhe der Planungskredite für die Erschliessung zu Diskussionen Anlass gegeben. Wir akzeptieren sie, weil wir dem Vorhaben Paul Klee-Museum keine Steine in den Weg legen wollen. Wir sind sehr froh, dass die Planung und die Projektierung des Paul Klee-Museums nun auch nach aussen sichtbar werden. Wir wissen, dass die vorgegebenen Fristen sehr knapp sind. Allerdings haben wir uns gefragt, warum die Kreditsprechung und Projektorientierung in dieser Reihenfolge vor sich geht. Wir wissen, dass in ca. 2 – 3 Wochen über das zukünftige Paul Klee-Museum orientiert wird. Wir haben uns gefragt, ob es nicht glücklicher gewesen wäre, wenn zuerst das Projekt vorgestellt und erst nachher im Stadtrat über den Kredit gesprochen würde. In diesem Sinn richte ich die Frage an den Stadtpräsidenten, warum diese Vorgehensweise gewählt wurde.

Es ist den Bewohnern der angrenzenden Quartiere nicht egal, in welcher Art sie mit dem MIV berücksichtigt werden und zwar qualitativ und quantitativ. Wir gehen nach wie vor von der Annahme aus, dass die richtigen Massnahmen getroffen werden. Damit steigt auch die Akzeptanz dieses Projekts in den angrenzenden Quartieren. Insbesondere sind wir froh, dass die hässliche Verbindung der Tramendstation Ostring zur Giacomettistrasse verbessert werden kann. Sie hat es dringend nötig, dass dort ein Face-lifting gemacht wird und zwar im grosszügigen Umfang. Die FDP-Fraktion freut sich schon jetzt auf die Projektvorstellung von anfangs Dezember.

Der Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* dankt für die positive Stimmung und Zustimmung. Es wurden Fragen gestellt, die erste betrifft das Areal C. Wer schon vor Ort war weiss, dass das Land von Areal A nach C ansteigt und bei der Bezeichnung C auf dem Situationsplan eine Hügelkuppe ist. Verena Furrer-Lehmann hat bereits erwähnt, es sei zu begrüessen, auch wenn kein Wettbewerb stattgefunden habe, dass es nicht Feld-, Wald- und Wiesenarchitektur gebe. Als ich das Gelände besichtigt habe, war mir klar, dass eine namhafte Architektin oder ein namhafter Architekt das Gebäude hier nicht alleine in dieses Loch stellen kann. Deshalb haben wir von Beginn weg gesagt, dass das Land des Areals C mit einbezogen werden kann, welches die Stadt und der Kanton zur Verfügung stellen. Das Land gehört der Stadt, der Kanton muss dann die Hälfte der Kosten für das Land übernehmen. Auszuhandeln ist noch der Preis oder der Landwert.

Bei den anderen Fragen ist es schwierig, diese schon heute definitiv zu beantworten. Aus diesem Grund benötigen wir den Kredit, um die Projektarbeiten voranzutreiben, damit wir konkrete Anträge unterbreiten können. Urs Jaberg hat die Frage aufgeworfen, warum nicht zuerst das Projekt vorgestellt und nachher über den Kredit abgestimmt wird. Wir brauchen das Geld jetzt, die Arbeiten laufen bereits, wir müssen damit auch die Vereinbarung, welche der Gemeinderat mit der Müller-Stiftung und den Familien Klee ausarbeitet, irgend einmal untermauern. Hinzu kommt, dass der beantragte Kredit nicht in erster Linie für den Bau gebraucht wird, die Abmachung ist folgende, dass die Müller-Stiftung den Bau erstellt und wir, also der Kanton und die Stadt, für die Erschliessung zuständig sind, dass die planerischen Voraussetzungen geschaffen werden. Wir benötigen einen Überbauungsplan mit einer Zonenänderung. Weil der Zeitplan eng ist und wir keine Zeit verlieren dürfen, beantragen wir nun heute den 1. Kredit. Die aufgeworfenen Probleme sind erkannt, wir haben heute noch nicht alle Lösungen, wir brauchen diesen Kredit, um die Probleme zu lösen.

Der Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg*: Zuerst danke ich herzlich für die gute Aufnahme des Geschäfts und der Arbeiten, welche bisher geleistet wurden. Ich habe noch ein paar Ergänzungen zu den Planungsarbeiten anzubringen. Bis heute wurde bereits einiges geleistet, ich denke an den Standortentscheid, an die Nutzung der anderen Gebäude

und jetzt das Aktuellste, die Erschliessung des geplanten Paul Klee-Museums im Schöngrün. Im Prinzip ist die Erschliessung so gedacht, dass von Norden her der öffentliche und der private Verkehr das Paul Klee-Museum erschliessen soll, von Süden her, also ab Tramendstation Ostring, für die Fussgänger. In diesem Zusammenhang soll auch der Raum im Bereich der Tramendstation Giacomettistrasse aufgewertet werden, hier ist eine Studie oder ein Wettbewerb vorgesehen, um eine gefällige, neue Gestaltung realisieren zu können. Zum eigentlichen Bauprojekt, welches auf dem Areal A + C zu stehen kommt. Wir stellen uns vor, dass das Gebäude auf dem westlichen Teil des genannten Areals gebaut wird, im östlichen Teil wird sicher eine Umgebungsgestaltung mit Grün erfolgen. Ich bin froh, wenn dem Kredit heute zugestimmt wird, dass wir unverzüglich mit den Erschliessungsarbeiten weiterfahren können.

Beschluss

Dem Antrag des Gemeinderats wird mit 63 Ja, 1 Nein bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

3 Konzept für eine kindergerechte Stadt; Bericht des Gemeinderats i.S. von Artikel 65 Absatz 2 des Geschäftsreglements des Stadtrats

Antrag Nr. 231

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Konzept für eine kindergerechte Stadt.

Fraktionserklärungen

Für die SP-Fraktion spricht *Sylvia Spring Hunziker* (SP) anstelle der erkrankten Leslie Lehmann.

Leslie Lehmann hat eine spezielle Einleitung gewählt, sie macht einen Blick in den Süden, sie ist gerade aus den Ferien aus Portugal zurückgekommen. Auch dort wird anlässlich des Kinderrechtstags vom 20. November 1999 über die Umsetzung der Konvention diskutiert. Artikel und Interviews zum Thema werden publiziert. Die Situation von vielen Kindern in Portugal unterscheidet sich stark von derjenigen in der Schweiz. Trotzdem gibt es Themen, Grundrechte, Probleme, welche leider kaum anders sind. In Bern und Lisboa gibt es Kinder, welche körperlich oder psychisch von ihren Eltern misshandelt werden. In Thun und in Porto gibt es Kinder, welche nur beschränkte Bildungschancen haben. In Langnau und Evora gibt es Kinder, welche von ihren Vätern sexuell missbraucht werden. In Biel und in Coimbra gibt es Kinder, welche weder in der Familie, noch in der Schule, noch in den Gemeinden mitreden und mitbestimmen können. Deshalb ist es nötig, da wie dort, dass die Kinder zu einem menschenwürdigen Dasein kommen und vertrauensvoll in ihre Zukunft als Erwachsene blicken können. Ich komme zum Konzept: Die SP-Fraktion begrüsst das vorliegende Konzept, welches wir schon 1996 gefordert haben. Wir geben zu, wir haben Freude, es sind auch viele Anliegen aus unserer eigenen Partei wiederzuerkennen, aber das Entscheidende für uns ist die Umsetzung. Wir haben heute Abend gemerkt, wir haben keinen Grund zur Euphorie. Es war unmöglich, die Kindersession so zu eröffnen, wie wir es gewünscht und beantragt haben. Kinderanliegen müssen ernst genommen werden. Sowohl die Situationsanalyse als auch die Massnahmen wären zum Teil wohl anders ausgefallen, wenn die Kinder direkt in die Erarbeitung miteinbezogen worden wären. Dass dies aus zeitlichen Gründen nicht in Erwägung gezogen wurde, können wir akzeptieren. Bei der zukünftigen Kinderpolitik der Stadt Bern müssen Kinder und Jugendliche zwingend mitreden können. Mit den Prioritäten und Massnahmen, welche der Gemeinderat vorsieht, sind wir einverstanden. Die gemeinderätliche Arbeitsgruppe muss aber einen verbindlichen Umsetzungsplan vorlegen. Das Kinderbüro muss für das Controlling der Umsetzung des Konzepts und der gesamten Arbeit des gemeinderätlichen Arbeitsausschusses verantwortlich sein. Dem Stadtrat muss regelmässig Rechenschaft über die Umsetzung des Konzepts abgelegt werden und wir sollten mitreden können. Der oder die Kinderbeauftragte ist eine zentrale Forderung des Konzepts. Deshalb sind die Fragen zu den Kompetenzen und die Eingliederung in die Hierarchie äusserst wich-

tig. Während der zweijährigen Pilotphase soll jetzt der Leiter der Sektion Jugendpflege die Funktion ausüben und wird der Jugendamtleitung unterstellt. Wir haben mit der Person, welche als Kinderbeauftragte vorgesehen ist keine Mühe, aber mit seiner Unterstellung unter die Jugendamtleitung. Warum ist dies keine Stabsstelle? Wir finden es zudem auch stossend, dass eine solch wichtige Stelle ohne Ausschreibung besetzt wurde. Es ist für uns unerklärlich, dass diese Stelle, welche direktionsübergreifend arbeiten und über die Stadtgrenzen hinaus beachtet werden muss, nicht von Anfang an das gebührende Gewicht und die entsprechende Autorität erhält. Der vorläufige Papiertiger muss jetzt noch Krallen erhalten, ihm muss noch das Brüllen beigebracht werden. Wir verlangen deshalb, nach dem zweijährigen Pilotversuch, die definitive Einführung des Kinderbüros und zwar auf der Ebene Fachstelle. Was uns zu denken gibt, sind die Äusserungen des Gemeinderats über die finanziellen Auswirkungen bei der Umsetzung des Konzepts. Wir wehren uns natürlich dagegen, dass einmal mehr bei den Schwachen unserer Gesellschaft gespart wird. Wenn wir wollen, dass es auch in Zukunft Kinder in unserer Stadt gibt, so können wir dies nicht nur mit kostenneutralen Massnahmen bewirken. Die Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin Ursula Begert hat sich in letzter Zeit öfters in der Öffentlichkeit über die Wichtigkeit der Umsetzung des Kinderkonzepts und die Mitsprache der Kinder geäussert. Wenn dies alles nicht bloss Lippenbekanntnisse und Worthülsen sein sollen, so erwarten wir Taten.

Ursula Rudin-Vonwil (GFL) spricht für die Fraktion GFL/EVP: Die GFL/EVP-Fraktion begrüsst das Konzept für eine kindergerechte Stadt. Das Konzept ist eine ideale, fundierte und umfassende Grundlage für die Ausschaffung und Realisierung von konkreten Massnahmen. Es ist ein Fundament, worauf man langfristig und zukunftsgerichtet aufbauen kann. Das Konzept ist seine Kosten mehr als wert, natürlich immer unter der Voraussetzung, dass dem Papier auch Taten folgen werden.

Wir begrüssen die Kreativität des Jugendamts. Die Einsparungen, das heisst die Rückstellungen, welche im Jugendamt gemacht werden konnten, ist der Bonus, welchen man dank NSB erwirtschaften konnte. Wir gratulieren dem Jugendamt und hoffen, dass die Wichtigkeit dieser Stelle in der Probephase erkannt und nachher definitiv ein Bestandteil in der Stadtverwaltung wird. Die Erarbeitung dieses Konzepts und die Schaffung des Kinderbüros sind deutliche Zeichen für eine Stadt, welche für Familien da ist. Es sind deutliche Zeichen für eine lebendige Stadt, für eine Stadt mit Zukunft, für eine sichere Stadt, eine Stadt mit Gleichberechtigung. Ich bringe nun noch ein paar grundsätzliche Gedanken an und nehme nachher noch zu einzelnen Massnahmen Stellung. Das Wohnumfeld ist für uns ein besonders wichtiges und zentrales Element. Es geht von der Hof- und Aussenraumgestaltung über die Schulwegsicherung bis hin zur Verkehrs- und Stadtplanung. Die Kinder müssen sich in der Stadt Bern, also in ihrem Wohnumfeld, wieder eigenständig bewegen können, das heisst ohne Begleitung von Erwachsenen. Dies müsste das Ziel einer kindergerechten Stadt sein.

Zu den einzelnen Massnahmen:

Massnahme 5: Weiterbildungsangebote für Mitarbeitende und Führungskräfte:

Die GFL/EVP-Fraktion ist der Meinung, dass hier die Weiterbildung der Eltern fehlt. Die Weiterbildung ist für die Wirksamkeit dieses Kinderkonzepts sehr wichtig.

Massnahme 11: Ebenso wichtig wie die Öffentlichkeits- und Sensibilisierungskampagne sind für uns die Umsetzung von konkreten Anliegen, unter anderem auch aus der Bevölkerung. Die Vorreiterrolle der Stadt könnte zur Sensibilisierung bereits viel beitragen.

Massnahme 15: Diese Massnahme ist für uns besonders interessant. Wir möchten gerne wissen, um welchen Fonds es sich hier handelt und wieviele Mittel zur Verfügung stehen. Wer entscheidet über die Verwendung dieser Mittel?

Massnahme 24: Die Mütter- und Väterberatung wird ausgebaut. Die Beratung müsste aber aus unserer Sicht über das fünfte Lebensjahr der Kinder weitergehen und zwar präventiv. Das Angebot ist deshalb notwendig, weil die schulpсихologische Beratung erst dann eingeschaltet wird, wenn bereits Probleme vorhanden sind. Manchmal wären Eltern froh, sie könnten vorher Informationen einholen.

Massnahme 39: In dieser Massnahme fehlen uns die Tageseltern.

Massnahme 44: Bei der Suche nach geeigneten Kinderbetreuungsplätzen sollten die Eltern nicht nur unterstützt, sondern auch beraten werden.

Massnahme 47: Im Sinne der Kinder in der Stadt muss die familienexterne Kinderbetreuung während den Schulferien unbedingt gewährleistet sein.

Massnahme 55: Die Stadt Bern sollte nicht nur die öffentlichen Anlässe unterstützen, sondern auch die private Initiative fördern und vor allem diese nicht unnötig behindern. Es geht hier vor allem um die Verkehrs- und Gewerbepolizei.

Wir erlauben uns noch einige allgemeine Anregungen und Wünsche zu deponieren. Das Konzept ist sehr umfassend. Wir befürchten, dass das Kinderbüro nie alles kontrollieren und kommentieren kann und auch wirklich alles beim Kinderbüro vorbei geht. Um unnötigen Aufwand zu vermeiden, stellen wir uns vor, dass die einzelnen Abteilungen und Direktionen für sich eine Art Checkliste aus dem Kinderkonzept verfassen, welche sie dann dem Kinderbüro vorlegen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Anliegen für eine kindergerechte Stadt von allen Abteilungen bereits in der Planung berücksichtigt wurden. Ganz nach dem Leitsatz Nr. 1 – Die Stadt und ihre Verwaltung denken und handeln kindergerecht -. Dieser Leitsatz ist für uns die grosse Hoffnung. Nicht zuletzt aus diesem Grund wünschen und verlangen wir, dass der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik auch in die gleiche Verantwortung miteinbezogen werden muss. Wir hoffen auch, dass die kindergerechtere Stadt nicht an den Finanzen scheitern wird. Solche Investitionen können oder werden sich nur positiv auswirken und auch eine Nachhaltigkeit gewähren. Ich denke hier an das Steuersubstrat. Dass diese Massnahmen nicht alle kurz- und mittelfristig realisierbar sind, scheint uns klar. Wir können aber kurzfristig damit beginnen.

Für die Fraktion FDP spricht *Annemarie Lehmann* (FDP): Es ist mir selten so schwer gefallen, zu einem Thema etwas auf Papier zu bringen, wie jetzt zu diesem Konzept. Es hat mich bei der Vorbereitung völlig irritiert, weil es durchaus eines meiner Themen wäre. Ich bin wie jede Mutter primär daran interessiert, dass es meinem Kind gut oder besser geht und die Rahmenbedingungen für Kinder stimmen. Ich bin überzeugt, dass für die Kinder in der Stadt Bern ein paar Sachen gemacht werden können oder müssen. Ich denke an die Schulwegsicherung oder an die Einführung einer Kinderschutzgruppe. Ich will hier ein kleines Beispiel aus meinem Privatleben wiedergeben. Es hat mich enorm gestört, als meine kleine Tochter eingeschult wurde und die Lehrerin mitgeteilt hat, das Geld fehle für die Lehrmittel. Es hat mich noch mehr gestört, weil ihre Cousine im gleichen Alter im Kanton Thurgau selbstverständlich das Lehrmittel erhalten hat.

Ich habe mich auf dieses Konzept gefreut, obwohl ich grundsätzlich nichts von Konzepten halte. Vom vorliegenden Konzept habe ich etwas erwartet, weil ich bei zwei Vorstössen, welche ich mit dem Jugendamt vorbesprochen habe, auf das Konzept vertröstet wurde. Jetzt liegt das Konzept vor und ich bin davon enttäuscht. Auch wenn ich es ein paar Mal durchgelesen habe, weiss ich nicht, was das Papier effektiv bringen soll. Ich verstehe nicht, wie man mit den ersten sechs prioritären Massnahmen für die Kinder in der Stadt etwas Spürbares erreichen will. Ich sehe die von Ursula Rudin beschriebenen Zeichen einfach nicht. Es sind von mir aus gesehen Forderungen, welche mir das Gefühl vermitteln, dass bis anhin für die Kinder dieser Stadt alles schief gelaufen ist. Vielleicht erhält man dieses Gefühl, weil auf jeder Seite des Konzepts eine kleine Faust zu sehen ist. Natürlich hat es gute Ideen und Ansätze, wie z.B. der Ausbau der Mütter- und Väterberatung. Zum Teil beinhaltet das Konzept banale, selbstverständliche Sachen, wie das Spielbedürfnis der Kinder im öffentlichen Raum. Das Konzept beinhaltet Ideen, welche bereits umgesetzt sind, ich denke an die Anpassungen des Personalreglements oder an die Preise für die familienexterne Kinderbetreuung. Ich bin mir sicher, morgen lesen wir in der Zeitung, dass es uns Politikerinnen und Politikern gelungen sei, getreu dem Vorwort, aus der Stadt Bern eine kindergerechte Stadt zu machen, in der sich Kinder und Familien endlich wohl fühlen und willkommen sind. Ich glaube, wir machen uns mit diesem Konzept nur etwas vor. Die Auflistung hängt in der Luft, das Fleisch am Knochen fehlt. Nur dank der sofortigen Einrichtung einer Fachstelle erreichen wir, dass das Papier nicht in einer Schublade landet und vergessen wird bis wieder einmal etwas Verbales für Familien mit Kindern gemacht wird. Ich bin davon überzeugt, dass die Schaffung einer Fachstelle nur Zeit und Geld kostet. Personen, welche sich schon jetzt für Kinder einsetzen und mit diesen arbeiten, müssen wahrscheinlich alle drei Wochen zu einer Koordinationssitzung erscheinen und machen unter dem Strich weniger für die Kinder als vorher. Ich fühle mich als Mutter von diesem Konzept nicht angesprochen und ich weiss, es geht vielen Eltern

in der Stadt genau so. Es wird sich sicher niemand aufgrund des Konzepts entscheiden, weiterhin in der Stadt zu wohnen. Die Stadt Bern muss nicht alles neu und besser für die Familien machen. Sie kann auch nicht die Verantwortung für das Wohlbefinden unserer Kinder übernehmen. Dafür sind wir Eltern verantwortlich. Die Stadt kann auch nicht vorschreiben, wo die Kinder ihre Freizeit verbringen sollen, damit sie sich wohl fühlen. Wenn Kinder und Jugendliche Mitbestimmung wollen, dann können sie diese in der Schule wahrnehmen. Die Stadt kann durchaus mit ihren Bemühungen weiterfahren und Verbesserungen vornehmen. Dies kann das Öffnen von Turnhallen oder das Mitgestalten von Schulhäusern sein. Sie kann meiner Meinung nach auch das Thema der Tagesschule ins Auge fassen, ich will keine vagen, total umfassende Absichtserklärungen, ich will etwas Konkretes für unsere Kinder, dies in einem finanziell machbaren Rahmen. Die Stadt Bern darf dazu stehen, dass sie bereits eine gute Stadt für Familien mit Kindern ist. Es haben sich nicht nur Familien entschieden wegzuziehen, sondern es haben sich viele Familien entschieden, in der Stadt Bern zu bleiben.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats:

Der Präsident: *Rolf Häberli*

Die Protokollführerin: *Edith Ramseier*